

L4-Beschluss Partizipa(k)tion - Für mehr Selbst- und Mitbestimmung junger Menschen!

Antragsteller*in: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 22.04.2017
Tagesordnungspunkt: 6. Demokratie

Antragstext

917 Demokratie und Mitbestimmung sind Aspekte eines selbstbestimmten Lebens, das
918 allen zusteht. Um Selbstbestimmung zu ermöglichen, muss Partizipation an der
919 Gestaltung des Zusammenlebens sichergestellt sein. Junge Menschen werden jedoch
920 strukturell davon ausgeschlossen und die Gestaltung ihres Lebens ist zu einem
921 großen Teil fremdbestimmt - sei es in Schule zuhause oder bei politischer
922 Mitbestimmung . Ihnen wird ständig die Fähigkeit abgesprochen, für sich selber
923 zu sprechen. Ihre Erfahrungen und Meinungen werden abgewertet und ignoriert.

924 Wer wirklich etwas für die Interessen junger Menschen tun will, muss ihnen auch
925 das Recht geben, zu entscheiden, an was und wo sie sich beteiligen wollen. Viele
926 junge Menschen wollen sich engagieren, wenn sie die Möglichkeit haben und wenn
927 sie sehen, dass ihre Beteiligung etwas bewirkt. Leider sind die Möglichkeiten
928 für Beteiligung und Selbstbestimmung sehr unübersichtlich, gerade für Menschen
929 mit noch wenig politischer Erfahrung. So gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher
930 Maßnahmen, Akteur*innen und Organisationen, die oftmals unkoordiniert
931 nebeneinander stehen. Hinzu kommt, dass junge Menschen in die gesetzgeberischen
932 Prozesse nicht eingedacht werden, wodurch es große Hürden mit sich bringt sich
933 einzubringen und sich ihre Lebensrealität in den Ergebnissen nicht widerspiegelt
934 .

935 Junge Menschen zu beteiligen bedeutet, sie dazu zu befähigen und ihnen zu
936 ermöglichen, in Gremien mitzubestimmen, die im Regelfall von sehr viel älteren
937 Menschen dominiert werden.

938 Wir wollen jungen Menschen die Möglichkeit bieten, sich in bereits bestehenden
939 und neu zu schaffenden demokratischen Prozessen einzubringen, aber auch als
940 Einzelperson viel zu erreichen. Doch das ist nur ein erster Schritt. Er
941 gewährleistet, dass die Stimmen junger Menschen eher Eingang in die Debatte
942 finden.

943 Grundsätzlich spielt sic eine Demokratie in einer Gesellschaft, die auf
944 Herrschaft basiert, in begrenzten Räumen ab. Unser Ziel ist es, diese zu
945 erweitern.

946 Beteiligung in der Bildung

947 Um echte Mitbestimmung zu ermöglichen, braucht es mündige Bürger*innen. Es wird

948 jedoch wenig daran gesetzt, junge Menschen zu solchen zu erziehen. Stattdessen
949 wird in der politischen Bildung an einem rein formalen Begriff von Partizipation
950 festgehalten und es bleibt bei einem Informieren über Abläufe und der
951 Aufforderung zur Einbringung in Entscheidungsprozesse stehen. Die Menschen
952 sollen dazu befähigt werden, aus vorgegebenen Alternativen zu wählen. Ein
953 Einbringen in die Inhalte der Entscheidungen ist damit jedoch bei weitem nicht
954 gegeben.

955 Das Fehlen eines inhaltlichen Partizipationsbegriff steht einer echten
956 Mitbestimmung entgegen. Hier grenzt sich der Begriff der kritischen politischen
957 Bildung von dem der politischen Bildung ab. Ziel von kritischer politischer
958 Bildung ist es, Menschen zur Mündigkeit zu erziehen. Das bedeutet, ihnen zu
959 ermöglichen, gesellschaftliche Verhältnisse zu erkennen und zu hinterfragen und
960 die Befähigung zur Reflektion der eigenen Meinung und des eigenen Wertekanons,
961 der zu dieser Meinung führt. Dadurch wird ermöglicht, dass junge Menschen eine
962 fundierte Meinung über ihre Interessen und derer ihrer Mitmenschen entwickeln
963 und einfordern. Kritische politische Bildung bedeutet in ihrer Konsequenz, dass
964 junge Menschen Möglichkeiten praktischer Beteiligung selber ergreifen.

965 Nicht nur spielt Partizipation momentan in Schulen eine zu geringe Rolle,
966 sondern es wird weiterhin an einem hierarchischen Verhältnis von Schüler*in und
967 Lehrer*in festgehalten. Schüler*innen sollen auswendiglernen, aber nicht
968 hinterfragen oder mitgestalten. Schulalltag ist jedoch politisch. Eine kritische
969 politische Bildung muss dies beachten. Herrschaftsverhältnisse in pädagogischen
970 Einrichtungen müssen thematisiert werden. Unterricht muss als gemeinsames Lernen
971 begriffen werden, in dem die*der einzelne Schüler*in gefragt ist. Schüler*innen
972 sind keine anonyme Masse, die Informationen abspeichern soll! Schule muss von
973 allen die dort lernen, lehren, arbeiten und sind als gemeinsamer Raum verstanden
974 werden und gemeinsam gestaltet werden.

975 Ein erster Schritt, um eine umfassende und reflektierte Partizipation zu
976 ermöglichen, ist eine entsprechende Schulung von Pädagog*innen. In den
977 Universitäten wird jedoch kaum Wert auf einen kritischen politischen
978 Bildungsbegriff gelegt und auch die Lehrpläne sehen ein einseitiges Machtgefälle
979 vor. Wir setzen uns daher dafür ein, sowohl die Lehrpläne für Schulen als auch
980 für Universitäten anzupassen und die Konzepte kritischer politischer Bildung
981 darin nicht nur für den Politikunterricht, sondern für Unterrichtsgestaltung
982 insgesamt zu verankern.

983 Neben dem Bemächtigen von Schüler*innen zur Teilhabe muss es klare Strukturen
984 geben, durch die sich eingebracht werden kann.

985 Klassensprecher*innen und Schüler*innenvertretungen sind ein erster Schritt, der
986 jedoch häufig von Lehrer*innen und der Schulleitung als störend empfunden und
987 teilweise sogar behindert wird. Dabei muss klar sein, dass eine Schule ohne die
988 Einbeziehung der Interessen von Schüler*innen kein Raum für Schüler*innen sein
989 kann. Daher muss an allen Schulen die Möglichkeit bestehen, sich in einer
990 Schüler*innenvertretung zu engagieren, sie zu wählen und die eigenen Anliegen
991 dort einzubringen.

992 Dieser Vertretung muss je nach Schulform eine unterschiedliche Rolle zukommen,
993 da die pädagogische Betreuung an Grundschulen eine andere sein muss als an
994 Berufsschulen. Trotzdem muss jeder Vertretung nicht nur Mitspracherecht gewährt

995 werden, sondern ihr Platz in der Gestaltung des Schulalltags als
996 Selbstverständlichkeit bestehen.

997 Das allgemeinpolitische Mandat von Sven muss anerkannt werden.

998 Einbringen muss zu Mitgestaltung führen und darf nicht als Frust- und
999 Stressfaktor im Kampf zwischen Schüler*innen und Lehrer*innen für schlechte
1000 Noten sorgen. Ähnlich einer Drittelparität an Universitäten muss auch ein
1001 paritätisches Konzept für die verschiedenen Schulformen gelten, bei dem alle
1002 Statusgruppen, das heißt, alle Menschen die am Schulalltag beteiligt sind,
1003 entsprechend eingebunden werden.

1004 Gleiches gilt für die Gestaltung von Lehrplänen und Unterrichtsmethoden: Auch
1005 hier müssen alle die es betrifft eingebunden werden, also vor allem auch
1006 Schüler*innen selbst! Dafür sind Landesschüler*innenvertretungen nötig, die
1007 jedoch noch von einzelnen Schulen abgelöst sein dürfen, sondern auf die jede*r
1008 Schüler*in Einfluss haben muss. Um Schüler*innenvertretungen auf allen Ebenen
1009 sicherstellen zu können, muss es eine dem Alter und der Struktur angemessene
1010 pädagogische Betreuung gewährleisten sein.

1011 Zur Mitbestimmung einer Schule gehört auch die unabhängige und eigenständige
1012 Gestaltung einer Schüler*innenzeitung. Für dieses Recht machen wir uns stark.

1013 **Für mehr Beteiligung in Parlamenten**

1014 Die Partizipation von jungen Menschen darf sich nicht allein auf die
1015 institutionelle Ebene begrenzen, doch Verbesserungen in diesem Bereich sind ein
1016 essentieller Schritt für mehr Mitbestimmung. Das umfasst sowohl die Erweiterung
1017 der Rechte und Kompetenzen von Vertretungsorganen, die stärkere Berücksichtigung
1018 der Interessen von Kindern und Jugendlichen in parlamentarischen Prozessen, als
1019 auch die einfachere Beteiligung von jungen Menschen bei Wahlen.

1020 **- Kinder- und Jugendräte stärken**

1021 Wir wollen nicht, dass über die Köpfe von jungen Menschen hinweg entschieden
1022 wird. Stattdessen machen wir uns dafür stark, dass Jugendliche und Kinder
1023 mitreden können, wenn sie betroffen sind. Besondere Relevanz hat dabei die
1024 kommunale Ebene. Wir fordern deshalb eine Reform der Gemeindeordnung in allen
1025 Bundesländern nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein, wo vorgesehen ist, dass
1026 Kommunen sicherstellen müssen, dass junge Menschen in alle Prozesse, die sie
1027 betreffen, mit einbezogen werden. Eine Schlüsselrolle nehmen dabei die Kinder-
1028 und Jugendräte ein. Diese bieten die Möglichkeit, dass junge Menschen ihre
1029 Lebensrealität und Erfahrungen einbringen können. Noch immer sind solche Räte
1030 jedoch nicht flächendeckend existent und diese Möglichkeit steht somit nicht
1031 allen jungen Menschen offen. Deshalb fordern wir die Festschreibung von
1032 Repräsentationsorganen für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene, wobei
1033 insbesondere die Legitimationsverfahren und Rechte dieser Organe konkretisiert
1034 und vereinheitlicht werden müssen. Wir sehen dabei grundsätzlich ein
1035 repräsentatives System vor, bei dem neben einer bestimmten Altersgrenze keine
1036 weiteren Zugangsrestriktionen bestehen. Das bedeutet, dass alle jungen Menschen,
1037 die an einem bestimmten Ort wohnen, sich auch unabhängig von ihrer

1038 Staatsangehörigkeit an diesen Wahlen beteiligen können. Dieses repräsentative
1039 System soll punktuell um Mittel der direkten Demokratie ergänzt werden. Die
1040 Arbeit dieser Repräsentationsorgane muss auch ernst genommen und berücksichtigt
1041 werden. Denn sie sollen nicht zur Scheinpartizipation verkommen. Deshalb setzen
1042 wir uns für ein Rede- und Antragsrecht aller Kinder- und Jugendräte in den
1043 äquivalenten Parlamenten ein. In den für die Kinder- und Jugendarbeit relevanten
1044 Ausschüssen soll ihnen außerdem das Stimmrecht eingeräumt werden. Außerdem muss
1045 durch Transparenz und einen ausreichenden Informationsfluss sichergestellt
1046 werden, dass die Arbeit der Kinder- und Jugendräte überhaupt möglich ist.
1047 Darüber hinaus setzen wir uns für die Etablierung eines Repräsentativorgans im
1048 Sinne der Kinder- und Jugendräte auf Landesebene ein, das sich aus gewählten
1049 Vertreter*innen der kommunalen Ebene zusammensetzt.

1050 - **Kinder und Jugendliche mitdenken**

1051 Die Interessen von Kindern und Jugendlichen müssen auch dort mit bedacht werden,
1052 wo sie nicht direkt beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle
1053 Länder und der Bund ein kinder- und jugendpolitisches Programm festlegen.
1054 Dadurch werden die jeweiligen Regierungen verpflichtet, konkrete Ziele
1055 festzulegen und der Druck, diese auch tatsächlich durchzuführen, wird erhöht.
1056 Außerdem fordern wir auf Landesebene die Einführung des Postens einer*eines
1057 Kinder- und Jugendbeauftragten. Diese*r hätte die Möglichkeit, eigene Projekte
1058 zur Förderung von Kindern und Jugendlichen umzusetzen und Missstände
1059 festzustellen und zu beheben, wodurch sich die Qualität der Kinder- und
1060 Jugendförderung langfristig verbessern würde. Außerdem machen wir uns für den
1061 Kinder- und Jugendcheck innerhalb der Gesetzgebung stark. Das bedeutet, dass das
1062 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Aufgabe, aber
1063 auch die Berechtigung bekommt, bundespolitische Vorhaben auf ihre Vereinbarkeit
1064 mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen. So kann sichergestellt
1065 werden, dass die Belange und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen auf der
1066 legislativen Ebene nicht vergessen werden.

1067 **Jugend in die Parlamente**

1068 Wahlen stellen ein zentrales Element einer repräsentativen Demokratie dar.
1069 Deshalb wollen wir die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten von
1070 Jugendlichen in diesem Bereich stärken – sowohl an der Wahlurne als auch auf
1071 Wahllisten. Wir setzen uns nach wie vor für das Wahlalter 0 ein, da wir davon
1072 überzeugt sind, dass jeder Mensch unabhängig von seinem Alter das Recht auf
1073 demokratische Mitbestimmung hat (siehe Beschluss "Demokratie ist mehr als nur
1074 ein Kreuzchen"). Darüber hinaus unterstützen wir Projekte, die es sich zum Ziel
1075 gesetzt haben, Erstwähler*innen zu unterstützen. Doch wir wollen nicht nur beim
1076 aktiven, sondern auch beim passiven Wahlrecht von jungen Menschen ansetzen. Wir
1077 setzen uns dafür ein, dass mehr junge Menschen in Parlamente kommen und dort für
1078 neue Perspektiven sorgen und die Interessen unserer Generation vertreten. Gerade
1079 im Moment scheitern jedoch die meisten Parteien, auch Bündnis 90/Die Grünen, in
1080 weiten Teilen daran, jungen Menschen diese Chance zu geben. Dadurch werden eine
1081 sinnvolle Erneuerung und eine notwendige Wissensweitergabe verhindert. Deshalb
1082 kämpfen wir für die Einführung einer Neuenquote von 33% bei allen Landeslisten!

1083 **Beteiligung braucht Ermöglichung**

1084 Wenn wir Beteiligung junger Menschen ermöglichen wollen, dann braucht es dazu

1085 die entsprechenden Rahmenbedingungen. In einem kapitalistischen System bedeutet
1086 dies auch ihnen Zugang zu den dafür benötigten Ressourcen zu ermöglichen.

1087 Maßnahmen für die Beteiligung von jungen Menschen werden oft mit dem Argument zu
1088 geringer Finanzmittel entweder zu Scheinpartizipation degradiert oder ganz
1089 vermieden. Gerade Projekte auf kommunaler Ebene, wie z.B. Kinder- und
1090 Jugendparlamente, leiden darunter. Beteiligungsstrukturen brauchen eine
1091 abgesicherte Finanzierung. Demokratie darf keine Geldfrage sein!

1092 Beteiligung braucht Zeit. Diese muss Jugendlichen auch zur Verfügung gestellt
1093 werden, wenn Beteiligung ermöglicht werden soll. Die Restriktionen der
1094 kapitalistischen Leistungsgesellschaft dürfen nicht dazu führen, dass die
1095 Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen eingeschränkt werden.

1096 Jungen Menschen muss von staatlichen Institutionen die Zeit für Beteiligung
1097 garantiert werden. Junge Menschen dürfen durch ihr politisches Engagement z.B.
1098 in Jugendparlamenten keinen schulischen Nachteil haben.

1099 Wirkliche Beteiligungsprozesse können nur auf Augenhöhe stattfinden! Alter und
1100 mangelnde Erfahrung sind kein Argument. Die Große Koalition ist dabei nur eines
1101 von vielen Beispielen, dass man eine Sache auch viele Jahre lang schlecht machen
1102 kann.

1103 Die Beteiligung junger Menschen ist ein Feld mit vielen unterschiedlichen
1104 Akteur*innen und Maßnahmen. Doch oft kommunizieren diese nicht miteinander, die
1105 Maßnahmen stehen nebeneinander und widersprechen sich teilweise sogar. Als GRÜNE
1106 JUGEND fordern wir daher, dass sich die unterschiedlichem Akteur*innen
1107 hinsichtlich ihrer Maßnahmen untereinander abstimmen müssen.

1108 Wir wollen Beteiligung!

1109 Als GRÜNE JUGEND bekennen wir uns klar und deutlich zu Selbstbestimmung und
1110 Mitbestimmung.

1111 Als Jugendverband einer politischen Partei sehen wir es als unsere Aufgabe, die
1112 Interessen und Perspektiven junger Menschen in die Partei und darüber auch
1113 hinaus in die Welt tragen.

1114 Wir sind ein Sprachrohr junger Menschen in die Politik. Es lohnt sich auf allen
1115 Ebenen für die Teilhabe junger Menschen zu streiten. Doch das kann nur ein
1116 erster Schritt sein: Letztlich geht es darum die Räume für die Beteiligung aller
1117 zu erweitern. Wenn junge Menschen einbezogen und verstanden werden und ihr
1118 Engagement reale Auswirkungen hat, dann stärkt das langfristig die Demokratie
1119 und nimmt Wind aus den Segeln der Rechtspopulist*innen.

1120 Die Welt ändert sich nicht von alleine. Es läuft einiges schief und das wollen
1121 wir anpacken. Lasst uns die Welt ändern, bevor es andere tun!

Begründung

Erfolgt mündlich.